

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Beteiligungen nehmen die Rechtlichen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 1 Pf. Nr. 22.

Regierungsdruck: Die Redaktionsstelle, Postfach 10, Leipzig 10, Deutschland. Verkaufspreis: 50 Pfennige, halbes Pfennige, alle die Zeit 10 Pfennige.

Telegraphen: Egerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nummer Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 210

Mittwoch, den 9. September 1925

20. Jahrgang

Danzigs Note an den Völkerbund.

Eröffnung der sechsten Völkerbundsversammlung.

Danzig, 7. Sept. Die Danziger Regierung veröffentlicht heute die Note, die sie wegen des polnischen Postdienstes im Danziger Hafen an den Völkerbund gerichtet hat. Der Senat der Freien Stadt verlangt vom Völkerbund eine Entscheidung, die das Postrecht auf den dem Hafenausgang unterliegenden Teil des Hafengebietes regelt, wo wirkliche postalische Interessen für den Verkehr mit Polen vorhanden sind.

Die Note nimmt gegen den Bericht der Sachverständigen Stellung, die es nicht für nötig gehalten hätten, zu begründen, warum sie die Einkünfte der Danziger nicht beachtet hätten. Die Note führt dann weiter aus, warum unter den Begriff „Hafen von Danzig“ nicht Teile des Stadtgebietes fallen können, in denen Unternehmen angesiedelt sind, die irgendwie mit dem Hafendienst zusammenhängen. Der Bericht der Sachverständigenkommission sehe unter Ausschaltung der Verträge als Ideal an, daß jeder Pole, der irgendwo in den Grenzen der Stadt Danzig ein bestimmtes Gewerbe betreibt, zur Benutzung der polnischen Post berechtigt sein müsse.

Danzig erklärt nochmals: Nicht Wünsche und angebliche Interessen Polens bilden die Grenzen der polnischen Postrechte, sondern das ausdrückliche Recht der Verträge.

Die Note verlangt sofortiges Eingehen auf die Darlegungen Danzigs und Berücksichtigung bei der Entscheidung des Bundes. Der Ton der Note ist schärfer als frühere Noten Danzigs an den Völkerbund.

Genf, 7. Sept. In der Nachmittags-Sitzung wurde der kanadische Senator Dandurand

mit 41 Stimmen zum Präsidenten der 6. Völkerbundsversammlung gewählt. Painleve begrüßte die Wahl des Vertreters eines Landes, das eine Verbindung französischer und englischer Kultur sei und das eine besonders glückliche Lösung des Minderheitsproblems gefunden habe.

Präsident Dandurand bestieg alsdann unter dem stürmischen Beifall der Versammlung die Tribüne und hielt eine Ansprache zuerst in französischer und dann in englischer Sprache.

Dandurand erklärt, er sei einst selbst ein Skeptiker an dem Plan des Völkerbundes gewesen, aber die Fortschritte des Völkerbundes in den letzten fünf Jahren seien so groß, daß es heute nur Glauben und Zuversicht an diese Institution gebe. Auch die Probleme der Schiedsgerichtsbarkeit, der Sicherheit und der Abrüstung würden sicher in der Zukunft gelöst werden, dank der einmütigen Anstrengungen der Versammlung.

Von den 55 Völkerbundsmitgliedern sind 47 durch voll beglaubigte Delegierte vertreten, während das jüngste Völkerbundsmitglied San Domingo seinem Vertreter keine ausreichenden Vollmachten gegeben hat. Sieben Staaten sind in der Völkerbundsversammlung nicht vertreten, nämlich Argentinien, das seit der ersten Völkerbundsversammlung zwar dem Völkerbund nach angehört, aber keinen aktiven Anteil mehr an den Arbeiten nimmt, sowie Bolivien, das infolge der Entscheidung des Völkerbundes über seinen Konflikt verbannt ist, ferner Kolumbien, Guatama, Honduras, Peru und Haiti, das ebenfalls dem Völkerbund seine Zustimmung infolge des Konfliktes mit den Vereinigten Staaten nachträgt.

Ueber London und Genf zum Sicherheitspakt.

„Times“ berichtet, daß der von der Konferenz der britischen, französischen, belgischen, italienischen und deutschen Juristen vereinbarte Bericht am Freitag vorgelesen und den auf der Konferenz vertretenen Regierungen übermittelt worden sei. Die von den Juristen erörterten Fragen seien gewesen: Erstens der Entwurf des während des Besuches Briands in London vorbereiteten Sicherheitspaktes, zweitens die Fassung der geplanten Schiedsgerichtsverträge zwischen Frankreich und Deutschland sowie Belgien und Deutschland. Die Erörterung der Frage der Schiedsverträge bezüglich der deutschen Ostgrenze sei einem künftigen Zeitpunkt überlassen worden. Ueber den Sicherheitspakt sowie die Schiedsverträge bestehe völlige Übereinstimmung zwischen den Sachverständigen über die Hauptpunkte, nur Differenzen über geringere Einzelheiten müßten noch geregelt werden.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ schreibt, die Bereitschaft Italiens, sich an den Verhandlungen über den Sicherheitspakt zu beteiligen, sei in Frankreich warm begrüßt worden. Seit Monaten habe Briand alles getan, was in seiner Macht stand, um den Weg für eine Mitwirkung Italiens vorzubereiten, indem er einen herzlicheren Ton in den öffentlichen Verhandlungen zwischen den beiden Ländern herzustellen sich bemühte. Die Bedeutung der Beteiligung Italiens an dem Pakte, der geschaffen werden soll, um die Sicherheit zu garantieren, liege für Frankreich in der Tatsache, daß Italien sehr daran interessiert sei, eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Österreich zu verhindern. Daher sei ein Vertrag zwischen Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei zur Garantie der Aufrechterhaltung der österreichischen Grenze mit Deutschland und Italien seit einiger Zeit von der französischen Regierung als Teil ihres allgemeinen Planes zum Sicherheitspakt ins Auge gefaßt worden. Die augenblickliche französische Auffassung von der praktikabelsten Weise zur Stabilisierung der Verhältnisse in Europa sei eine Reihe von Pakten, die gewisse beschränkte Grenzen streng garantierte, und die Schiedsgerichtsbarkeit im Falle eines Breites bezüglich dieser Grenzen. Diese Pakte müßten von sofort interessierten Regierungen unterzeichnet werden, wie möglich. Der Rheinlandspakt würde ein Glied dieses Systems bilden, ebenso der Pakt zwischen Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei. Es könne kaum erwartet werden, daß Österreich und Deutschland zunächst benoten werden könnten, den letzteren zu unterzeichnen, vielleicht würden sie dies aber schließlich doch tun.

Die drei Außenminister der Kleinen Entente Benesch, Rintschitsch und Duca berieten am Montag vormittag in Genf über die gemeinsame Haltung ihrer Regierungen während der weiteren Beratungen über den Sicherheitspakt. Die drei Außenminister wollten während der Tagung der Völkerbundsversammlung dauernd in enger Fühlung bleiben.

Bei der Eröffnung der Völkerbundsversammlung in Genf hielt Painleve eine Begrüßungsansprache. Nachdem er für die Ehre gedankt hatte, die Frankreich durch die Eröffnung der Völkerbundsversammlung zuzufallen, wandte er sich gegen den Pessimismus in der Welt, dessen blindes Mißtrauen noch schlimmer sei, als Blindes Vertrauen, wobei er an das Wort des schweizerischen Bundespräsidenten Motta gelegentlich der ersten Völkerbundsversammlung erinnerte, daß nämlich die Hoffnungen der Welt für die Zukunft nicht durch den Mißbrauch einer Augenblicke, und verhindern dadurch die Ueberlistung über den bereits durchlaufenen Weg und über den Weg, der noch zurückzulegen ist. Die ungeheuren Hoffnungen, die die Welt auf den Völkerbund setzt, können nur Schrittweise verwirklicht werden. Die ewig Mißtraulichen verkündeten bereits mit großer Schadenfreude den Tod des Völkerbundes, weil es ihm nicht gelungen ist, mit einem einzigen Strich die furchtbaren Kräfte der Zerstörung, die unsere alte Welt betroffen haben, zu bemächtigen. Man darf aber auch hier sagen, daß jene, die man einmal tot gesagt hat, lange leben.

Nach einem Hinweis auf die Bedeutung der diesmaligen Zusammenkunft der Völkerbundsdelegationen erklärte Painleve, wenn heute Frankreich die Mission zuzufallen, die Arbeiten der Völkerbundsversammlung zu eröffnen, so beständige heute Frankreich neuerlich gegenüber der ganzen Welt seine Ergebenheit für den Völkerbund und sein Vertrauen in seine gegenwärtige Tätigkeit. Wenn ein unparteiischer Richter damit beauftragt würde, den Wert des Völkerbundes in den ersten fünf Jahren seines Bestehens zu beurteilen, so würde er überrascht sein von dem Umstand, daß der Völkerbund, dessen Aufgabe nicht nur darin liegt, den

Vorbereitungen des Volksbegehrens über die Aufwertung.

Berlin, 8. Sept. Der Hypothekengläubiger- und Sparschuttsverband beriet in Weimar eingehend über die Vorbereitung eines Volksbegehrens. Die Beratungen wurden den Blättern zufolge soweit gefördert, daß eine baldige Fertigstellung der entsprechenden Gesetzentwürfe in Aussicht steht. Für die zur Durchführung des Volksbegehrens erforderlichen Vorbereitungen wurde eine Kommission eingesetzt. Ferner wurde eine Protestresolution gegen die Erhöhung der Wertsteuern angenommen.

Von Dr. Wirths Austritt.

Berlin, 8. Sept. Die „Germania“ meldet, aus Offenbach über die Sitzung des Zentralkomitees der badischen Zentrumspartei, daß man sich mit der Angelegenheit Wirths dort fünf Stunden lang beschäftigt habe. Eingeleitet wurden die Verhandlungen des Zentralkomitees durch ein Referat des badischen Parteivorstandes, das auf den Austritt Wirths hin ausführlich begründete. An der Diskussion nahm besonders der Vorsitzende der Gesamtpartei Abg. März teil. Der fraktionsvorsitzende Abg. Hehenbach hatte sein Fernbleiben mit seinem Gesundheitszustand entschuldigt. Die Verhandlungen, in denen man der politischen Seite des Schrittes von Dr. Wirth vielfach Verständnis entgegenbrachte, endeten mit der Annahme einer Entschleunigung, in der Dr. Wirth aufgefordert wird, wieder in die Partei einzutreten.

Protestversammlung der Deutschen in der Tschechoslowakei.

Prag, 7. Sept. Bei der in Teplic-Schönbau von den deutschbürgerlichen Parteien und der deutschnationalistischen Arbeitspartei einberufenen Protestversammlung gegen die Zwangsfaktierung des deutschen Bevölkerungs, die Schließung der deutschen Schulen, sowie die Gewalttätigkeiten des Staatlichen Hochkommissars in Marienbad ging ein großes Gendarmenaufgebot mit gefülltem Bajonett gegen den deutschen Demonstrationzug vor und teilte ihn in zwei Teile. Eine zweite Gendarmenabteilung verbot dem Marsch das Vorbringen zur Bezirkshauptmannschaft. Der versammelten demschäftigten sich stark Bewegung. Als es der Waffe gelang, den Marsch zu durchbrechen, wurde die Lage äußerst kritisch. Die Gendarmen gingen nachmittags mit gefülltem Bajonett vor und drängte die Deutschen zurück. Erst nach Intervention des Abgeordneten Anrich wurde die Gendarmen zurückgezogen. Ein Mann, der den Manifestanten zurief: Geht doch auseinander, damit nicht unnötig deutsches Blut vergossen wird, wurde verhaftet und dem Gericht eingeliefert.

Eine Aktion für die Beamten.

Berlin, 7. Sept. Wie die „Vossische Zeitung“ wissen will, sind zwischen dem preussischen Finanzministerium und den Landesbehörden Ermüdungen über eine Aktion zur Verringerung der Not der unteren und mittleren Beamten durch Beschaffung von Nahrungsmitteln für den Winter im Gange.

Die Lohnverhandlungen mit den Reichspostarbeitern.

Berlin, 7. Sept. Die Verhandlungen über die Forderungen mit den Arbeitnehmern der Reichspost, die mit Rücksicht auf die Preissteigerung infolge der Reichsregierung unterbrochen waren, wurden heute, wie angekündigt, wieder aufgenommen. Die Beratungen dauerten den ganzen Vormittag und wurden nach einer kurzen Pause am Nachmittag fortgesetzt. Ein Ergebnis ist noch nicht bekannt geworden.

Der Tarifstreik im Banngewerbe.

Der am 27. August gefällte Schiedspruch für das Banngewerbe, der die Verbehalten der bisherigen Gehaltsbezüge bis zum 31. Oktober vorschlägt, ist von den Angehörten der Gewerkschaften abgelehnt worden. Der Deutsche Banngewerkschaften-Verein hat daraufhin mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage der Banngewerkschaften neue Verhandlungen beim Reichsarbeitsministerium beantragt.

Ermäßigung der Zinsätze für öffentliche Gelder.

Zur Durchführung der geplanten Preissteigerungsaktion hatte die Regierung feinerzeit beschlossen, die Verwirrtheit der öffentlichen Gelder des Reiches so durchzuführen, daß nicht nur keine Gefahr einer Selbsterhöhung der privaten Geldsätze entsteht, vielmehr der Antrieb für ihre Senkung gegeben wird. Es ist daher unter Mitwirkung der Reichsbank zwischen denjenigen Stellen, die als Abgeber öffentlicher Gelder in Betracht kommen, also zwischen Reichsfinanzministerium, Post, Reichsbahn-Gesellschaft und Reichsversicherungsanstalt eine Abrede dahin getroffen worden, daß bei der Ausleihung an diejenigen Banken, die mit der Weitergabe öffentlicher Gelder betraut sind,

der Zinsfuß zunächst 7 1/2 Prozent nicht übersteigen darf. Der Zinsfuß für langfristige Postgelder ist auf 8 Prozent herabgesetzt worden. Die mit der Weitergabe öffentlicher Gelder betrauten Banken haben sich verpflichtet, die Zinsermäßigung ihrem Kundenkreis in vollem Umfang zugute kommen zu lassen und darüber hinaus ihre Zinsmarge auf das geringstmögliche Maß zu beschränken. Hierbei sind bestimmte Abwägungen getroffen worden.

o über-
schenke
Eltern,
ank.
beth
ermann.



artig
gen.

affee
fen gesucht.
Wesl. d. Bl.

wir ca.

erre,
kontraf.
gen
Wesl. d. Bl.

sucht.

eur,
eingestellt
am,
Fabrik,

blenb.
Sparg.
Mittlung

Sousball

weiter
erweitert
bezt,

SLUB
Wir führen Wissen.